

Unterrichtung

durch den Bundesrat

**Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung immissionsschutzrechtlicher
Genehmigungsverfahren**
– Drucksachen 13/3996, 13/5100 –

hier: Anrufung des Vermittlungsausschusses

Schreiben des Präsidenten des Bundesrates an den Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses vom 19. Juli 1996 – mit Abdruck an die Präsidentin des Deutschen Bundestages zur Kenntnisnahme.

Der Bundesrat hat in seiner 700. Sitzung am 19. Juli 1996 beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 27. Juni 1996 verabschiedeten Gesetz zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes mit dem Ziel der Überarbeitung des Gesetzes einberufen wird.

Begründung

Der Gesetzesbeschluß des Deutschen Bundestages berücksichtigt die Stellungnahme des Bundesrates vom 1. März 1996 und die Sachverständigenanhörung vom 8. Mai 1996 nur unzureichend. Die Vollzugstauglichkeit des Gesetzes ist bei Wahrung der materiellen Umweltstandards, des Nachbarschutzes und der Bürgerbeteiligung zu verbessern. Durch das unbegründete Zurückdrängen von Gesichtspunkten des Verwaltungsvollzuges werden Länderinteressen grundsätzlich berührt.

